

Satzung der Gemeinde Hellenthal über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen vom 03.02.1994

In der Fassung der 27. Änderungssatzung vom 04.12.2024

Aufgrund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. 1994, S. 666) in der Fassung zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 09.12.2009 (GV. NRW. 2009, S. 950), des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes vom 31.07.2009 (BGBl. I 2009, S. 2585 ff.), der §§ 51 ff. des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.06.1995 (GV. NRW. 2010, S. 185 ff.), hat der Rat der Gemeinde Hellenthal in seiner Sitzung am 03.12.2013 folgende 16. Änderungssatzung der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen vom 03.02.1994 beschlossen:

§ 1¹ Allgemeines

- (1) Die Gemeinde betreibt in ihrem Gebiet die Entsorgung der Grundstücksentwässerungsanlagen als öffentliche Einrichtung. Diese bildet eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit.
- (2) Grundstücksentwässerungsanlagen im Sinne dieser Satzung sind abflusslose Gruben und Kleinkläranlagen für Schmutzwasser im Sinne des § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WHG. Betreiber der Grundstücksentwässerungsanlage ist der Grundstückseigentümer. Die Grundstücksentwässerungsanlage ist gemäß § 60 WHG und § 56 LWG NRW nach den jeweils in Betracht kommenden Regeln der Technik zu bauen, zu betreiben und zu unterhalten.
- (3) Die Entsorgung umfasst die Entleerung der Anlage sowie Abfuhr und Behandlung der Anlageninhalte. Zur Durchführung der Entsorgung kann sich die Gemeinde Dritter als Erfüllungsgehilfen bedienen.

§ 2² Anschluss- und Benutzungsrecht

- (1) Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Gemeinde liegenden Grundstückes ist als Nutzungsberechtigter des Grundstücks im Sinne des § 48 LWG NRW vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung berechtigt, von der Gemeinde die Entsorgung einer Grundstücksentwässerungsanlage und die Übernahme des Inhaltes zu verlangen (Anschluss- und Benutzungsrecht).
- (2) Bei landwirtschaftlichen Betrieben sind Kleinkläranlagen von der Entleerung ausgeschlossen, bei denen die Pflicht zum Abfahren und Aufbereiten des anfallenden Klärschlammes auf Antrag der Gemeinde von der zuständigen Behörde gemäß § 49 Abs. 5 Satz 2 LWG NRW auf den Nutzungsberechtigten des Grundstücks übertragen worden ist.

1 In der Fassung der 24. Änderungssatzung vom 08.12.2021 in Kraft getreten am 01.01.2022

2 In der Fassung der 24. Änderungssatzung vom 08.12.2021 in Kraft getreten am 01.01.2022

§ 3³**Begrenzung des Benutzungsrechts**

- (1) Von der Entsorgung im Rahmen dieser Satzung ist Abwasser ausgeschlossen, das aufgrund seiner Inhaltsstoffe,
 - 1) die mit der Entleerung und Abfuhr beschäftigten Mitarbeiter verletzt oder Geräte und Fahrzeuge in ihrer Funktion beeinträchtigt oder
 - 2) das in einer öffentlichen Abwasseranlage beschäftigte Personal gefährdet oder gesundheitlich beeinträchtigt oder
 - 3) die öffentliche Abwasseranlage in ihrem Bestand angreift oder ihren Betrieb, die Funktionsfähigkeit oder die Unterhaltung gefährdet, erschwert, verteuert oder behindert oder
 - 4) die Klärschlammbehandlung, -beseitigung oder -verwertung beeinträchtigt oder verteuert oder
 - 5) die Reinigungsprozesse der Abwasseranlage so erheblich stört, dass dadurch die Anforderungen der wasserrechtlichen Einleitungserlaubnis nicht eingehalten werden können.

§ 4⁴**Anschluss- und Benutzungszwang**

- (1) Jeder anschlussberechtigte Grundstückseigentümer ist als Nutzungsberechtigter des Grundstücks im Sinne des § 48 LWG NRW verpflichtet, die Entsorgung der Grundstücksentwässerungsanlage ausschließlich durch die Gemeinde zuzulassen und den zu entsorgenden Inhalt der Gemeinde zu überlassen (Anschluss- und Benutzungszwang).
- (2) Der Anschluss- und Benutzungszwang gilt auch für das in landwirtschaftlichen Betrieben anfallende häusliche Abwasser.
- (3) Die Gemeinde kann im Einzelfall den Grundstückseigentümer für das in landwirtschaftlichen Betrieben anfallende Abwasser auf Antrag vom Anschluss- und Benutzungszwang befreien, wenn die Voraussetzungen des § 49 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 LWG NRW vorliegen oder die Abwasserbeseitigungspflicht gemäß § 49 Abs. 5 Satz 2 LWG NRW gegeben sind. Hierzu muss der Grundstückseigentümer nachweisen, dass das Abwasser im Rahmen der pflanzenbedarfsgerechten Düngung auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Böden ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit im Einklang mit den

³ In der Fassung der 19. Änderungssatzung vom 30.11.2016 in Kraft getreten am 01.01.2017

⁴ In der Fassung der 24. Änderungssatzung vom 08.12.2021 in Kraft getreten am 01.01.2022

wasserrechtlichen, abfallrechtlichen, naturschutzrechtlichen und immissionsschutzrechtlichen Bestimmungen aufgebracht wird. Der Nachweis ist erbracht, wenn der Landwirt eine wasserrechtliche, abfallrechtliche, naturschutzrechtliche und immissionsschutzrechtliche Unbedenklichkeitsbescheinigung der zuständigen Behörden vorlegt.

§ 5⁵

Ausführung, Betrieb und Unterhaltung der Grundstücksentwässerungsanlage

- (1) Die Grundstücksentwässerungsanlage und Zuwegung sind so zu bauen, dass die Grundstücksentwässerungsanlagen durch die von der Gemeinde oder von beauftragten Dritten eingesetzten Entsorgungsfahrzeuge mit vertretbarem Aufwand die Entleerung durchführen können. Die Grundstücksentwässerungsanlage muss frei zugänglich sein, der Deckel muss durch eine Person zu öffnen sein.
- (2) Der Grundstückseigentümer hat Mängel im Sinne des Abs. 1 nach Aufforderung der Gemeinde zu beseitigen und die Grundstücksentwässerungsanlage in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen.

§ 6⁶

Durchführung der Entsorgung

- (1) Inhalt von Kleinkläranlagen ist bei einem Abfuhrbedarf, mindestens jedoch im zweijährigen Abstand zu entsorgen. Ein Abfuhrbedarf ist dann gegeben, wenn der Schlamm Speicher der Kleinkläranlage mindestens zu 50 % gefüllt ist. Das Nichtvorliegen eines Abfuhrbedarfes ist durch den Grundstückseigentümer gegenüber der Gemeinde durch Wartungsprotokoll (mit einer integrierten Schlammspiegelmessung) mit einer von ihm beauftragten Wartungsfirma nachzuweisen. Liegt ein Abfuhrbedarf nachweisbar nicht vor, so wird die Abfuhr grundsätzlich um ein Jahr verschoben. Nach Ablauf dieses Jahres wird durch die Gemeinde erneut geprüft, ob ein Abfuhrbedarf besteht. Für diese Prüfung hat der Grundstückseigentümer der Gemeinde erneut ein aktuelles Wartungsprotokoll (mit integrierter Schlammspiegelmessung) vorzulegen. Darüber hinaus hat der Grundstückseigentümer die Entleerung des Inhalts der Kleinkläranlage rechtzeitig mündlich oder schriftlich zu beantragen.
- (2) Abflusslose Gruben sind bei einem Abfuhrbedarf, mindestens aber einmal im Jahr zu entleeren. Ein Bedarf liegt vor, wenn die abflusslose Grube bis 50 % des nutzbaren Speichervolumens angefüllt ist. Ist die abflusslose Grube mit einer Füllstandsanzeige und einer Warnanlage ausgerüstet, so liegt ein Bedarf vor, wenn die abflusslose Grube bis auf 80 % des nutzbaren Speichervolumens angefüllt ist. Der Grundstückseigentümer hat die Entsorgung rechtzeitig mündlich oder schriftlich zu beantragen.
- (3) Auch ohne vorherigen Antrag und außerhalb des Entsorgungsplans kann die Gemeinde die Grundstücksentwässerungsanlage entsorgen, wenn besondere

⁵ In der Fassung der 19. Änderungssatzung vom 30.11.2016 in Kraft getreten am 01.01.2017

⁶ In der Fassung der 24. Änderungssatzung vom 08.12.2021 in Kraft getreten am 01.01.2022

Umstände eine Entsorgung erfordern oder die Voraussetzungen für die Entsorgung vorliegen und ein Antrag auf Entsorgung unterbleibt.

- (4) Die Gemeinde bestimmt den genauen Zeitpunkt sowie die Art und Weise der Entsorgung.
- (5) Zum Entsorgungstermin hat der Grundstückseigentümer unter Beachtung der Vorgaben in § 5 Abs. 2 dieser Satzung, die Grundstücksentwässerungsanlage freizulegen und die Zufahrt zu gewährleisten.
- (6) Die Grundstücksentwässerungsanlage ist nach der Entleerung unter Beachtung der Betriebsanleitung, den allgemein anerkannten Regeln der Technik und der wasserrechtlichen Erlaubnis wieder in Betrieb zu nehmen
- (7) Der Anlageninhalt geht mit der Übernahme in das Eigentum der Gemeinde über. Die Gemeinde ist nicht verpflichtet, darin nach verlorenen Gegenständen zu suchen oder suchen zu lassen. Werden Wertgegenstände gefunden, sind sie als Fundsache zu behandeln.

§ 7⁷

Anmeldung und Auskunftspflicht

- (1) Der Grundstückseigentümer hat der Gemeinde das Vorhandensein von Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben anzuzeigen. Die für die Genehmigung einer derartigen Anlage vorhandenen baurechtlichen und wasserrechtlichen Vorschriften bleiben unberührt.
- (2) Der Grundstückseigentümer ist darüber hinaus verpflichtet, über § 7 dieser Satzung hinaus der Gemeinde alle zur Durchführung dieser Satzung erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- (3) Erfolgt ein Eigentümerwechsel bei dem Grundstück, so sind sowohl der bisherige als auch der neue Eigentümer verpflichtet, die Gemeinde unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen.

§ 8⁸

Entleerung der Grundstücksentwässerungsanlagen und Betretungsrechte

- (1) Die Gemeinde hat gemäß § 46 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 LWG NRW die Pflicht, den Klärschlamm aus Kleinkläranlagen sowie gemäß § 46 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 LWG NRW das Abwasser aus abflusslosen Gruben zu entsorgen. Die Gemeinde kann hierzu auch Dritte beauftragen (§ 56 Satz 3 WHG). Den Bediensteten sowie den Beauftragten der Gemeinde ist gemäß § 98 Abs. 1 LWG NRW zur Prüfung der Einhaltung der Vorschriften dieser Satzung, ungehinderter Zutritt zu den in Frage kommenden Teilen

⁷ In der Fassung der 19. Änderungssatzung vom 30.11.2016 in Kraft getreten am 01.01.2017

⁸ In der Fassung der 19. Änderungssatzung vom 30.11.2016 in Kraft getreten am 01.01.2017

des Grundstücks und der Grundstücksentwässerungsanlage zu gewähren. Die Beauftragten haben sich auf Verlangen durch einen von der Gemeinde ausgestellten Dienstausweis auszuweisen.

- (2) Der Grundstückseigentümer hat das Betreten und Befahren seines Grundstücks zum Zwecke der Entsorgung gemäß § 98 LWG NRW zu dulden.

§ 9⁹

Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen, die Schmutzwasser den Grundstücksentwässerungsanlagen zuleiten

- (1) Für die Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen, die Schmutzwasser privaten Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlage, abflusslose Grube) zuleiten, gilt die Verordnung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen (Selbstüberwachungsverordnung Abwasser – SÜwVO Abw NRW). Private Abwasserleitungen sind gemäß den §§ 60, 61 WHG, § 56 Abs. 1 LWG NRW so zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten, dass die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung eingehalten werden. Hierzu gehört auch die ordnungsgemäße Erfüllung der Abwasserüberlassungspflicht nach § 48 LWG NRW gegenüber der Gemeinde.
- (2) Zustands- und Funktionsprüfungen an privaten Abwasserleitungen dürfen nur durch anerkannte Sachkundige gemäß § 12 SÜwVO Abw NRW durchgeführt werden.
- (3) Nach § 7 Satz 1 SÜwVO Abw NRW sind im Erdreich oder unzugänglich verlegte private Abwasserleitungen zum Sammeln oder Fortleiten von Schmutzwasser oder mit diesem vermischten Niederschlagswasser einschließlich verzweigter Leitungen unter der Keller-Bodenplatte oder der Bodenplatte des Gebäudes ohne Keller sowie zugehörige Einsteigeschächte oder Inspektionsöffnungen zu prüfen. Ausgenommen von der Prüfpflicht sind nach § 7 Satz 2 SÜwVO Abw NRW Abwasserleitungen, die der alleinigen Ableitung von Niederschlagswasser dienen und Leitungen, die in dichten Schutzrohren so verlegt sind, dass austretendes Abwasser aufgefangen und erkannt wird.
- (4) Für welche Grundstücke und zu welchem Zeitpunkt eine Zustands- und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen durchzuführen ist, ergibt sich aus den §§ 7 bis 9 SÜwVO Abw NRW. Nach § 8 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW 2020 hat der Eigentümer des Grundstücks bzw. nach § 8 Abs. 7 SÜwVO Abw NRW der Erbbauberechtigte private Abwasserleitungen, die Schmutzwasser führen, nach ihrer Errichtung oder nach ihrer wesentlichen Änderung unverzüglich von Sachkundigen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik auf deren Zustand und Funktionstüchtigkeit prüfen zu lassen. Die Prüfpflicht und Prüffristen für bestehende Abwasserleitungen ergeben sich im Übrigen aus § 8 Abs. 2 bis Abs. 5 SÜwVO Abw NRW 2020. Legt die Gemeinde darüber hinaus durch gesonderte Satzung gemäß § 46 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 LWG NRW Prüffristen fest, so werden die betroffenen Grundstückseigentümer bzw. Erbbauberechtigten durch die Gemeinde hierüber im

⁹ In der Fassung der 24. Änderungssatzung vom 08.12.2021 in Kraft getreten am 01.01.2022

Rahmen der ihr obliegenden Unterrichts- und Beratungspflicht (§ 46 Abs. 2 Satz 3 LWG NRW) informiert. Das gleiche gilt, wenn die Gemeinde Satzungen nach altem Recht gemäß § 46 Abs. 2 Satz 2 LWG NRW fortführt.

- (5) Zustands- und Funktionsprüfungen müssen gemäß § 9 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik durchgeführt werden.
- (6) Nach § 9 Abs. 2 Satz 1 SÜwVO Abw NRW ist das Ergebnis der Zustands- und Funktionsprüfung in einer Bescheinigung gemäß Anlage 2 der SÜwVO Abw NRW zu dokumentieren. Dabei sind der Bescheinigung die in § 9 Abs. 2 Satz 2 SÜwVO Abw NRW genannten Anlagen beizufügen. Diese Bescheinigung nebst Anlagen ist der Gemeinde durch den Grundstückseigentümer oder Erbbauberechtigten (§ 8 Abs. 2 bzw. Abs. 6 SÜwVO Abw NRW) unverzüglich nach Erhalt vom Sachkundigen vorzulegen, damit eine zeitnahe Hilfestellung durch die Gemeinde erfolgen kann.
- (7) Private Abwasserleitungen, die nach dem 01.01.1996 auf Zustand und Funktionstüchtigkeit geprüft worden sind, bedürfen nach § 11 SÜwVO Abw NRW keiner erneuten Prüfung, sofern Prüfung und Prüfbescheinigung den zum Zeitpunkt der Prüfung geltenden Anforderungen entsprochen haben.

§ 10¹⁰ Haftung

- (1) Der Grundstückseigentümer haftet für Schäden in Folge mangelhaften Zustandes oder unsachgemäßer Benutzung seiner Grundstücksentwässerungsanlage oder Zuwegung. In gleichem Umfang hat er die Gemeinde von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen, die wegen solcher Schäden geltend gemacht werden.
- (2) Kommt der Grundstückseigentümer seinen Verpflichtungen aus dieser Satzung nicht oder nicht ausreichend nach und ergeben sich hieraus Mehraufwendungen, ist er zum Ersatz verpflichtet.
- (3) Kann die in der Satzung vorgesehene Entsorgung wegen höherer Gewalt nicht oder nicht rechtzeitig durchgeführt werden, hat der Grundstückseigentümer keinen Anspruch auf Schadenersatz oder Ermäßigung der Benutzungsgebühr. Im Übrigen haftet die Gemeinde im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.

§ 11¹¹ Benutzungsgebühren

- (1) Als Gegenleistung für die Entsorgung der Grundstücksentwässerungsanlagen erhebt die Gemeinde Hellenthal Benutzungsgebühren nach Maßgabe des Kommunalabgabengesetzes und dieser Satzung.
- (2) Maßstab für die Benutzungsgebühr ist die festgestellte Menge des abgefahrenen

¹⁰ In der Fassung der 19. Änderungssatzung vom 30.11.2016 in Kraft getreten am 01.01.2017

¹¹ In der Fassung der 19. Änderungssatzung vom 30.11.2016 in Kraft getreten am 01.01.2017

Grubeninhalts. Zur Abfuhrmenge gehört auch das für das Absaugen etwa erforderliche Spülwasser. Als Berechnungseinheit gilt der cbm abgefahrenen Grubeninhalts, gemessen an der Messeinrichtung des Entsorgungsfahrzeuges.

- (3) Bei jeder Entsorgung ist die Menge des abzufahrenden Grubeninhalts zu ermitteln. Der ermittelte Wert soll vom Grundstückseigentümer oder dessen Beauftragten bestätigt werden.
- (4) Die Gebührenpflicht entsteht mit der Abfuhr.
- (5) Gebührenpflichtig ist der Grundstückseigentümer, der Erbbauberechtigte oder der sonst zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte, auf dessen Grundstück die Kleinkläranlage betrieben wird. Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner.
- (6) Die Veranlagung zur Benutzungsgebühr wird dem Gebührenpflichtigen durch einen Gebührenbescheid bekannt gegeben. Die Benutzungsgebühr wird einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig. Die Gebühr kann zusammen mit anderen Abgaben angefordert werden.

§ 12¹² Gebührensätze

- 1) Die Benutzungsgebühr für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen beträgt je Kubikmeter abgefahrenen Grubeninhalts 46,27 €.
- (2) Wird für die Entsorgung die Verlegung eines Schlauches von mehr als 10 m erforderlich, so sind

für die Länge	von 10 - 20 m	0,12 €,
für die Länge	von 21 - 30 m	0,24 € und
für die Länge	von > 31 m	0,36 €

je Meter zu zahlen sowie

für Leerfahrten ist eine Gebühr von 69,02 € je Leerfahrt zu zahlen.

Kosten für Leerfahrten entstehen in den Fällen, in denen trotz Terminvereinbarung, ohne ein Verschulden der Entsorgungsfirma, die Grundstücksentwässerungsanlage nicht geleert werden konnte.

- (3) Für die Grundstückseigentümer, die keine Möglichkeit haben, die geschlossenen Klärgruben durch entsprechende bauliche Änderungen als Dreikammerklärgruben herzurichten und eine Verrieselung zu erstellen, wird die höchstzulässige Gebühr

¹² In der Fassung der 27. Änderungssatzung vom 04.12.2024 in Kraft getreten am 01.01.2025

begrenzt auf die für einen Kanalvollanschluss zu zahlende Jahresgebühr.

- (4) Eine Kleineinleiter-Abgabe wird erhoben, wenn eine Kleinkläranlage nicht den allgemein anerkannten Regeln der Technik im Sinne des § 60 WHG und des § 56 LWG NRW entspricht.

§ 13¹³

Berechtigte und Verpflichtete

- 1) Die sich aus dieser Satzung für den Grundstückseigentümer ergebenden Rechte und Pflichten als Nutzungsberechtigter des Grundstücks im Sinne des § 48 LWG NRW gelten entsprechend auch für Wohnungseigentümer, Erbbauberechtigte und sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte. Die sich aus den §§ 3, 4, 5, 6 sowie 8 und 9 ergebenden Pflichten gelten auch für jede schuldrechtlich zur Nutzung Berechtigte oder jeden schuldrechtlich zur Nutzung Berechtigten als Nutzungsberechtigter des Grundstücks im Sinne des § 48 LWG NRW, soweit die Pflichten nicht unmittelbar an den Grundstückseigentümer gerichtet sind.
- (2) *entfällt*

§ 14¹⁴

Begriff des Grundstücks

Grundstück im Sinne dieser Satzung ist unabhängig von der Eintragung im Grundbuch jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.

§ 15¹⁵

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
- a) Abwasser einleitet, das nicht den Anforderungen des § 3 entspricht,
 - b) entgegen § 4 sich nicht an die Entsorgung anschließt oder sie nicht benutzt,
 - c) Grundstücksentwässerungsanlagen nicht den Anforderungen des § 5 Abs. 1 betreibt und unterhält oder einer Aufforderung der Gemeinde nach § 5 Abs. 2 zur Beseitigung der Mängel nicht nachkommt,
 - d) entgegen § 6 Abs. 1 und Abs. 2 die Entleerung nicht oder nicht rechtzeitig beantragt,
 - e) entgegen § 6 Abs. 5 die Grundstücksentwässerungsanlage nicht freilegt oder die Zufahrt nicht gewährleistet,
 - f) entgegen § 6 Abs. 6 die Grundstücksentwässerungsanlage nicht wieder in Betrieb nimmt,
 - g) seinen Auskunfts- und Mitteilungspflichten nach § 7 nicht nachkommt,

13 In der Fassung der 24. Änderungssatzung vom 08.12.2021 in Kraft getreten am 01.01.2022

14 In der Fassung der 19. Änderungssatzung vom 30.11.2016 in Kraft getreten am 01.01.2017

15 In der Fassung der 24. Änderungssatzung vom 08.12.2021 in Kraft getreten am 01.01.2022

- h) entgegen § 8 Abs. 1 den Zutritt nicht gewährt,
 - i) entgegen § 8 Abs. 2 das Betreten und Befahren seines Grundstücks nicht duldet.
 - j) entgegen § 9 Abs. 6 Satz 3 die Bescheinigung über das Ergebnis der Zustands- und Funktionsprüfung nicht vorlegt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000 € geahndet werden (§ 123 Abs. 4 LWG NRW).

§16 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Anlage: Fragebogen gem. § 4 Abs. 2 der Satzung

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung der Gemeinde Hellenthal über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, daß eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Gemeindedirektor hat den Satzungsbeschluß vorher beanstandet
oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Hellenthal, den 3. Februar 1994

gez.: Dr. Armin Haas
Bürgermeister

Fragebogen

zu § 4 Abs.2 der Satzung über die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen.

Rückantwort

”Behandlung von Abwassergemischen landwirtschaftlicher Betriebe“

1. Angaben zum Betrieb

Name:

Straße:

Ort:

Tel.-Nr.:

Betriebsleiter:

Anschrift und Rufnummer des Betriebsleiter, falls abweichend von oben:

2. Abflusslose Sammelgruben

Sind derartige Gruben in Ihrem Betrieb vorhanden? Ja ____ Nein ____
 Falls ja, in welcher Anzahl? ____

Wie groß ist das Fassungsvermögen (in cbm) der einzelnen Gruben?

Grube 1: _____ (cbm) Grube 2: _____ (cbm)

Grube 3 : _____ (cbm) Grube 4: _____ (cbm)

Weitere Sammelgruben: _____ (cbm)

Welche der genannten Gruben fließen häusliche bzw. tierische Abwässer
 (Jauche, Gülle, Mistabläufe) gemeinsam zu ?

Grube 1: ___ Grube 2: ___ Grube 3: ___ Grube 4: ___ sonstiger Grube: ___

3. Angaben zum Abwassergemisch

Den Gruben, in denen häusliches und tierisches Abwasser gemeinsam gesammelt wird,
 werden die Abgänge folgender Tiere zugeführt:

Grube 1

Tierart	Gülle (Zahl der Tiere)	Jauche (Zahl der Tiere)	Mistwasser (Zahl der Tiere)
Rinder, Kühe Über 2 Jahre			
Jungrinder 3 Monate – 2 Jahre			
Zuchtsauen mit Ferkeln bis 20 kg			
Schwein über 20 kg			
Zweihufer			
Legehennen			
Junghennen			
Masthähnchen			
Mastenten			
Mastputen			
Kälber bis 3 Monate			

Grube 2

Tierart	Gülle (Zahl der Tiere)	Jauche (Zahl der Tiere)	Mistwasser (Zahl der Tiere)
Rinder, Kühe Über 2 Jahre			
Jungrinder 3 Monate – 2 Jahre			
Zuchtsauen mit Ferkeln bis 20 kg			
Schwein über 20 kg			
Zweihufer			
Legehennen			
Junghennen			
Masthähnchen			
Mastenten			
Mastputen			
Kälber bis 3 Monate			

Grube 3

Tierart	Gülle (Zahl der Tiere)	Jauche (Zahl der Tiere)	Mistwasser (Zahl der Tiere)
Rinder, Kühe Über 2 Jahre			
Jungrinder 3 Monate – 2 Jahre			
Zuchtsauen mit Ferkeln bis 20 kg			
Schwein über 20 kg			
Zweihufer			
Legehennen			
Junghennen			
Masthähnchen			
Mastenten			
Mastputen			
Kälber bis 3 Monate			

Grube 4

Tierart	Gülle (Zahl der Tiere)	Jauche (Zahl der Tiere)	Mistwasser (Zahl der Tiere)
Rinder, Kühe Über 2 Jahre			
Jungrinder 3 Monate – 2 Jahre			
Zuchtsauen mit Ferkeln bis 20 kg			
Schwein über 20 kg			
Zweihufer			
Legehennen			
Junghennen			
Masthähnchen			
Mastenten			
Mastputen			
Kälber bis 3 Monate			

Weitere Grube:

Tierart	Gülle (Zahl der Tiere)	Jauche (Zahl der Tiere)	Mistwasser (Zahl der Tiere)
Rinder, Kühe Über 2 Jahre			
Jungrinder 3 Monate – 2 Jahre			
Zuchtsauen mit Ferkeln bis 20 kg			
Schwein über 20 kg			
Zweihufer			
Legehennen			
Junghennen			
Masthähnchen			
Mastenten			
Mastputen			
Kälber bis 3 Monate			

Außerdem fließen den Gemischgruben die häuslichen Abwässer von derzeit _____ Personen zu.

Das häusliche Abwasser fließt komplett der Sammelgrube Nr. ____ zu.

Das häusliche Abwasser fließt den vorgenannten Sammelgruben schätzungsweise in folgenden Anteilen zu:

Grube 1: ____% Grube 2: ____% Grube 3: ____% Grube 4: ____% weitere Grube: ____%

4. Angaben zum Wasserverbrauch

Wasserverbrauch in den Jahren	19__	19__
Landwirtschaft	cbm	cbm
Wohngebäude	cbm	cbm
Gesamt	cbm	cbm

5. Wird der vorhandenen Jauchegrube auch folgendes Abwasser zugeführt:

- a) Milchküche und Melkinstallation
- Größe der Milchküche
- Art und Größe der Melkinstallation
- Durchmesser der Melkrohrleitung
- b) Dach- oder Hoffläche (Niederschlagswasser)
Dachfläche: _____ (qm) Hoffläche: _____ = Gesamt _____ qm
- c) Sickersaft einer offenen Dunglege in einer Gesamtgröße von _____ qm
- d) Sickersaft von Fahrsilos in einer Gesamtgröße von _____ qm
- e) sonstiges Abwasser _____ qm
z.B. aus Werkstatt, Maschinenwaschplatz o.ä.
im Jahresdurchschnitt _____ qm

6. Flächen-Bestand

Gesamtfläche: _____ ha davon Grünland: _____ ha
Ackerland: _____ ha

Die Angaben unter Nr. 1 - 6 beruhen auf dem betrieblichem Stand vom _____.

Ich versichere die Richtigkeit dieser Auskünfte.

Mit einer wesentlichen Verringerung meines Viehbestands ist nach heutiger Sicht
–nicht *- zu rechnen.

_____ den, _____
(Plz und Ort) (Datum)

(Unterschrift)

Anmerkungen:

Die jeweiligen Textpassagen des Vordrucks sind durch Ankreuzen oder Ausfüllen
entsprechend den betrieblichen Gegebenheiten zu ergänzen.

*Nichtzutreffendes ist hier zu streichen.